Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstandes in Berlin, Willy Brandt, bei einer Konferenz der Kreisvorstände der Berliner SPD zum kommunistischen Umsturz in der Tschechoslowakei, 12. März 1948

„Die Lehren von Prag“

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wehe den Siegern des 24. Februar 1948! Sie ließen ihre politischen Widersacher zu Hunderten, ja zu Tausenden einsperren. Sie beraubten einen Teil der Abgeordneten, der gewählten Vertreter des Volkes, ihrer Mandate. Sie verprügelten Redakteure und bemächtigten sich ihrer Zeitungen. (Pfui-Rufe.)

Und sie entließen Richter und Universitätsprofessoren, die ihnen nicht willfährig waren. Sie forderten die Gymnasiasten auf, Mitschüler und Lehrer anzuzeigen, (Erneute Pfui-Rufe.) die sich ketzerischer Auffassungen schuldig machten, und sie ließen das Bild eines Mannes in allen Klassenzimmern aufhängen.

Ich habe wirklich nicht vor, Sie mit einer Aufzählung über das zu langweilen, was sich 1933 und in den darauf folgenden Jahren abgespielt hatte. Wir haben uns heute mit dem zu befassen, was sich in den letzten Tagen und Wochen in der tschechoslowakischen Republik ereignete. ([Zwischenrufe:] Sehr gut!)

Wir wollen versuchen, uns die Lehre von Prag zu eigen zu machen.

Worum ging es in Prag und in der Tschechoslowakei? Man will uns einreden, es sei um den Sozialismus gegangen (Lachen.) oder wenigstens um die Nationalisierung der Produktionsmittel. Welch himmelschreiender Unsinn! In der ČSR waren bereits 60% der Produktionsmittel nationalisiert. Die gesamte Großindustrie sowie das Bankwesen befanden sich in den Händen des Staates. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde durch die Planbehörden kontrolliert und gelenkt. Jetzt kommen die Unheiligen der jüngsten Tage und servieren uns folgende Version der marxistischen Lehre von der Übernahme der Macht: man bilde eine Einheitsfront, wenn möglich eine Volksfront, und führe mit ihrer Hilfe drei Viertel der Sozialisierung durch. Für die Sozialisierung der Klempnerläden und Friseurgeschäfte etabliert man die proletarische Diktatur und den roten Terror. (Lebhafter Beifall.)

Der alte Marx würde im Grabe rotieren, wenn er wüsste, (Heiterkeit – Beifall.) wenn er wüsste, für welchen hanebüchenen Blödsinn man sich seines Namens bedient. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir aber sagen als deutsche, europäische und internationale Sozialdemokraten, und wir sagen es so laut, dass man es in Prag und vielleicht noch ein Stück weiter hören soll: (Lebhafter Beifall.) Wenn das, was sich jetzt in Prag abspielt, den Sozialismus verkörpern sollte, dann haben wir mit diesem Sozialismus nichts mehr zu tun. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Das mögen sich Herr Gottwald und auch Herr Fierlinger hinter die Ohren schreiben! Wir deutschen Sozialdemokraten haben mittlerweile so viel Erfahrungen gesammelt, dass wir zumindest zwischen Sozialismus und Terrorismus unterscheiden können. (Beifall.)

Und dann sagt man uns noch, in Prag sei ein Putsch vorbereitet worden, und es habe sich darum gehandelt, diesen Putsch abzuwehren und ihm zuvorzukommen. Wer wollte denn eigentlich putschen? Die Benesch-Leute gegen ihren Präsidenten? Man gewöhne sich doch endlich ab, die Umwelt als eine einzige große Minderbegabtenschule zu betrachten! (Heiterkeit und Beifall.)

Daraus könnten leicht Rückschlüsse auf das geistige Niveau derer gezogen werden, die den Urheber solchen Blödsinns die Massenbasis verschaffen. (Beifall.)

In der Tat wurden ja in der Tschechoslowakei offenbar Putschvorbereitungen getroffen. Jedenfalls wurde im Prager Parlament die Anklage erhoben, dass es die Kommunisten waren, die hinter den misslungenen Mordversuchen des vergangenen Herbstes standen. Damals sollten Präsident Benesch, Außenminister Masaryk und andere nichtkommunistische Mitglieder der Regierung umgelegt werden. Wie es sich immer mit dieser Geschichte verhalten mag, am Nachspiel dieses Putsch- und Mordversuches entzündete sich die Krise, der wir heute gegenüberstehen und um deren Wertung wir uns bemühen.

Die tschechischen Kommunisten sind die Sieger des Tages. Wenn man sich an das Revolutionsschema hält, sollte man meinen, die seien bisher blutiger Unter-

drückung ausgesetzt gewesen. In Wirklichkeit hatten sie von früher her eine starke massenmäßige Verankerung und waren bei den letzten Wahlen die stärkste Partei des Landes, die allerdings nicht allein die Mehrheit erlangte. Aber immerhin – sie stellten den Ministerpräsidenten und besetzten wesentliche Schlüsselpositionen des Kabinetts. Sie hatten den Innenminister und damit die Polizei. Sie hatten den Propagandaminister und damit den Rundfunk, und sie hatten einen Parteilosen – ich hätte beinahe gesagt: einen Markgraf – als Kriegsminister und damit den entscheidenden Einfluss auf die Armee und das Offizierskorps.

Die ersten Nachkriegswahlen waren Anfang 1946. Jetzt aber näherte man sich dem Zeitpunkt, wo Neuwahlen hätten stattfinden sollen. Sie waren für Mai dieses Jahres in Aussicht genommen. Gottwald hat im vorigen Jahr die Parole ausgegeben, dass seine Partei bei den Neuwahlen 51% erobern müsse. Man musste sich schon damals wundern, wieso Gottwald nicht ob solcher legalistischer Illusionen zur Rechenschaft gezogen wurde. Er sprach von den in der Geschichte der Arbeiterbewegung ja nicht ganz unbekannten 51%. Aber er hatte seine eigene Vorstellung davon, wie er sie erlangen sollte. (Zuruf: Vorsehung!)

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, dass die Kommunisten bei Neuwahlen eine Schlappe erlitten hätten. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Das vorige Mal waren sie nicht die einzigen, die über einen das ganze Land umfassenden Parteiapparat verfügten. Sie hatten die Führung in den allermeisten der sogenannten Nationalkomitees. Sie präsentierten sich als die nationale Partei par excellence. Und schließlich trugen Meldungen über gewisse russische Truppenbewegungen dazu bei, die Wahlatmosphäre in nachdrücklicher Weise zu beeinflussen.

Die Sozialdemokraten schnitten 1946 besonders schlecht ab. Sie hatten damals in der Slowakei noch nicht einmal die eigene Parteiorganisation wieder aufbauen können. Jetzt waren sie viel stärker geworden. Im Bewusstsein großer Ziele der werktätigen Bevölkerung verkörperten sie den unabhängigen, demokratischen und sozialistischen Weg der tschechischen und slowakischen Völker. Es gibt auch sichere Anhaltspunkte dafür, dass die sogenannten Volkssozialisten, denen früher Benesch angehörte, und die anderen nichtkommunistischen Organisatio-

nen beträchtlich Zuwachs zu verzeichnen hatten. Mitgliederziffern stiegen, ihre Publikationen erfreuten sich großer Beliebtheit. Wie sollte also Gottwald seine 51% bekommen? Er konnte sie auf demokratischem Wege für die KPČ nicht bekommen. Er musste erst gewisse Korrekturen der Volksdemokratur anbringen. Und nun in Ergänzung zu dem, was ich eben zu einer gewissen Sozialismus-Phraseologie gesagt habe: Wir wollen keine Volksdemokratur oder den schwarzen Neger der Volksdemokratie. Wir wollen recht und schlecht Demokratie! (Beifall.)

Die KPČ wollte keine Wahlniederlage in Kauf nehmen. Ihre Ministerpräsidentenschaft, ihr Innen- und Propagandaministerium und parteilose Kontrolle der Armee waren in Gefahr. Aber das ist nur die eine, die innenpolitische Seite der Sache. Es handelte sich nicht so sehr um die KPČ als um die tschechoslowakische Sektion des Kominform. Das Kominform, ([Zurufe:] Sehr richtig!) zu dessen formellen Mitbegründern die KPČ gehört, konnte und wollte sich keine demokratische Ohrfeige gefallen lassen. Dort schmiedet man ganz andere Pläne. Die Tschechoslowakei wurde seit langem schon als Hinterland betrachtet. Dort musste volksdemokratische Ordnung geschaffen werden. Es handelte sich außerdem noch, obgleich das nur eine andere Seite derselben Sache ist, um die mehr oder weniger wohlverstandenen Interessen der Sowjetunion. Im Zustande der absoluten Stärke und relativen Schwäche hat sich die Führung der Sowjetunion offenbar vorgenommen, das an amerikanischen Zufuhren und Kredite gebundene europäische Wiederaufbauprogramm nach Kräften zu stören. Am liebsten sind den dort maßgebenden Instanzen, so wie sich uns die Lage heute darstellt, sogenannte unabhängige Regierungen, die man ebenso kontrollieren und dirigieren kann wie x-beliebige Teile des eigenen Apparats. In zweiter Instanz kommen kommunistische Parteien, die als Surrogat wohlwollender Regierungen in anderen Ländern fungieren, wo es solche wohlwollenden Regierungen nicht gibt. Ja, seien sich unsere Herren Kommunisten über ihre Rolle völlig im klaren: sie sind Ersatz, Regierungsersatz und Freundschaftsersatz. ([Zurufe:] Bravo!)

In der Tschechoslowakei lag nun der Fall so, dass sich die Regierung im Juni vorigen Jahres entschlossen hatte, die Einladung zur Pariser Konferenz über den sogenannten Marshall-Plan anzunehmen. Das ist ebenso bekannt wie die Tatsache, dass den Tschechoslowaken die Reise nach Paris und die Teilnahme an

den Beratungen zum europäischen Wiederaufbauprogramm nicht gestattet wurde. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Prag parierte damals. Die Tschechoslowakei musste die Hoffnung auf eine Mittelstellung zwischen Ost und West aufgeben und wurde immer eindeutiger in den Ostblock eingereiht. In Moskau wurde offenbar sehr darauf gedrängt, dass es nicht bei einer außenpolitischen Angliederung bleibe, sondern dass der Tschechoslowakei auch innenpolitisch sozusagen der letzte volksdemokratische Schliff gegeben würde. (Lachen.)

So kam es denn, dass ein hoher Vertreter der sowjetischen Regierung, der stellvertretende Außenminister Zorin, in der Nacht vom 17. zum 18. Februar [1948] in Prag erschien, wo er in früheren Jahren als Gesandter akkreditiert worden war. Offiziell ging sein Auftrag darauf hinaus, die Entladung russischen Getreides zu überwachen. (Lachen.)

Der Plan Getreideüberwachung und -Entladung wurde mit einer Besprechung am 18. Februar bei Präsident Benesch eingeleitet. Nach bisher unwidersprochenen Pressemeldungen wurde dem Präsidenten bei dieser Gelegenheit – das war am Tage nach einem ernsten Krach im Kabinett, worauf ich gleich noch zu sprechen komme – seitens des sowjetischen Vertreters nahegelegt, die Vorschläge des kommunistischen Ministerpräsidenten Gottwald anzunehmen. Man behauptet auch, dass im anderen Falle sehr ernste Konsequenzen einschließlich gewisser militärischer Maßnahmen in Aussicht gestellt worden seien. Es ist für unsereinen nicht leicht, das Spiel hinter den Kulissen in allen Einzelheiten zu verfolgen. Wir wissen nur, dass Minister Zorin am 28. Februar seine Heimreise antrat. Inzwischen war das Korn und auch sonst noch einiges ausgeladen worden. (Heiterkeit – Beifall.)

Bevor ich, Parteigenossinnen und Parteigenossen, auf Einzelheiten der Prager Geschehnisse eingehe, möchte ich gern betonen, dass wir allen Grund haben, uns der tschechoslowakischen Tragödie in Ehrfurcht zu nähern. Vergessen wir in dieser Stunde nicht, welches große Leid den Tschechen durch den deutschen Faschismus zugefügt worden ist. (Zustimmung.)

Vergessen wir auch nicht, dass leider allzu große Teile des deutschen Volkes in der damaligen Verblendung sich dazu verleiten ließen, auf die Tschechen herabzusehen, sie zu hunzen und sie zu verfolgen. Erinnern wir uns daran, was unmittelbar im Anschluss an die Errichtung des sogenannten Protektorats 1939 geschah. Es wurde auf die Prager Studenten geschossen, und bald danach wanderte die tschechische Intelligenz in die Konzentrationslager, und ein allzu großer Teil von ihr kehrte nie wieder in die Heimat zurück.

Sprechen wir auch ganz offen aus, dass sich ein großer, ich möchte sagen, allzu großer Teil der sudetendeutschen Bevölkerung in den Jahren nach 1933 leider von den Nazis hat missbrauchen und aufputschen lassen, wobei ich in diesem Zusammenhang ununtersucht lassen will, ob nicht auch von tschechischer Seite sehr ernste Fehler gemacht wurden, die ein positives Verhältnis der 3 ½ Millionen Deutschen zum tschechoslowakischen Staat erschwerten. Klar ist jedenfalls, dass die bitteren Erfahrungen, die die Tschechen nach 1938 sammelten, eines Tages zurückschlagen mussten. So kam es denn bei der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Republik zu Ausschreitungen, die man zwar in der ersten Phase als unmittelbare Reaktion auf geschehenes Unrecht verstehen, in ihrer Gesamtheit aber auf keinen Fall billigen kann. Es kam zur Austreibung fast der gesamten sudetendeutschen Bevölkerung einschließlich ihrer sozialistischen Freiheitskämpfer, ja auch einschließlich der deutschen Kommunisten. Diese Maßnahme war in leitenden tschechischen Kreisen nicht unumstritten. Es bleibt der Geschichtsforschung vorbehalten, im einzelnen festzustellen, wie stark äußere Einflüsse die Anwendung der Massenvertreibung erzwungen haben, ([Zurufe:] Sehr richtig!) ähnlich wie es wohl auch im polnischen Fall äußere Einflüsse waren, die zu größeren Gebietserweiterungen auf Kosten Deutschlands führten, als selbst der polnischen Exilregierung vernünftig erschien. (Lebhafte Zustimmung.)

In beiden Fällen führte die sogenannte Radikalkur auf Kosten Deutschlands zum Aufgeben der außenpolitischen Handlungsfreiheit der betreffenden Länder. ([Zurufe:] Sehr gut!) Für uns deutsche Sozialdemokraten ist es unmöglich, zu den tief bedauerlichen Vorgängen zu schweigen, die sich an die Niederlage des Nazireiches angeschlossen haben. Für uns gibt es keine doppelte politische Buchführung. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn man es antinazistisch, demokratisch oder volksdemokratisch aufzieht. (Lebhafter Beifall.)

Aber wir deutschen Sozialdemokraten denken keinen Augenblick daran, nationalistischen Hass- und Rachegefühlen auch nur die geringste Konzession zu machen. ([Zurufe:] Sehr gut!) Und so erklären wir denn trotzdem und alledem, was sich zwischen uns und den Regierungen der slawischen Staaten aufgetürmt hat: Wir sind nicht Feinde des tschechischen und slowakischen oder polnischen Volkes oder der jugoslawischen Völkerschaften. Wir kennen ihren Leidensweg, und wir hoffen, dass ihnen und uns eine bessere Zukunft in einer friedlichen Welt beschieden sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich hatte, Parteigenossinnen und Parteigenossen, noch im vergangenen Sommer die Möglichkeit, Prag wiederzusehen, und ich will Ihnen nicht verhehlen, dass mich die dortigen Erlebnisse tief beeindruckten. Man spürte, wie das Volk mit Tatkraft, Frische und Lebendigkeit am Wiederaufbau arbeitete. Es war offenbar, dass die arbeitende Bevölkerung glaubte, ein Stück Sozialismus errungen zu haben, und es war keineswegs so – der Wahrheit die Ehre! –, dass damals offener Terror geherrscht hätte. In der Presse, im Parlament, in Versammlungen und in nächtlichen Diskussionen auf dem Wenzelsplatz wurde lebhaft um die Fragen der Zeit gerungen. Wohl hatten die Kommunisten verstanden, sich zahlreiche Vorteile, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Propaganda, zu verschaffen, die ihrer wirklichen Stärke und ihrem faktischen Rückgang in keiner Weise entsprachen, aber man konnte damals noch offen gegen die Kommunisten Stellung nehmen und sich kritisch zur Politik der Regierung äußern. Viele Tschechen lebten in der Vorstellungswelt einer neuen nationalen Revolution, die zugleich Grundlagen einer sozialistischen Republik legen sollte. Sie waren sich alle darin einig, dass für sie eine gegen die Sowjetunion gerichtete Außenpolitik überhaupt nicht in Frage kommen könne. Und das wurde nicht nur mit der geographischen Lage, der slawischen Verbundenheit und den nach dem letzten Kriege entstandenen Machtverhältnissen in Europa begründet, sondern vor allem auch mit den Erfahrungen und Erlebnissen des Jahre 1938. Das Erlebnis von München hatte sich zutiefst in das Bewusstsein des tschechischen Volkes eingeprägt. Es fühlte sich von den Westmächten schmählich im Stich gelassen und sah den einzig möglichen Weg in enger Kooperation mit Russland. Immer wieder wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, dass man sich weder von der abendländischen Kultur-

gemeinschaft noch vom Handel mit dem Westen ausschließen wolle. Man hoffte, zwischen dem Osten und dem Westen vermitteln zu können. Diese Hoffnung ist zerplatzt. Von Brückentheorien ist nichts übrig geblieben. Wir stellen das ohne Schadenfreude fest. Denn wieviel leichter wäre unsere eigene Lage, wenn es möglich gewesen wäre, solche Brücken zu schlagen! ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Seien wir aber realistisch und schauen der Wahrheit ins Auge, ob wir wollen oder nicht. Heute werden leider nicht Brücken gebaut, sondern gesprengt. ([Zurufe:] Sehr wahr!)

Es muss einer späteren Entwicklung vorbehalten bleiben, lebendige Verbindungen zwischen der östlichen und westlichen Welt neu herzustellen. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Die erste Voraussetzung dafür ist heute, dass wir in unserem Teil Europas und der Welt Ordnung schaffen, dass wir unsere eigenen Reihen ordnen und keinen Schritt zurückweichen. (Zustimmung – Beifall.)

Wenn wir uns nun den Prager Ereignissen zuwenden, Genossinnen und Genossen, so sollten wir uns hüten, jede Schilderung eines tschechischen Flüchtlings als bare Münze zu nehmen, die er nach Überschreiten der bayrischen Grenze an den Mann bringt. Darunter befinden sich gute Demokraten, aber solche, die sich noch bis vor kurzem in übersteigertem Nationalismus gefielen, ([Zurufe:] Sehr richtig!) und die den Stock geschnitzt haben, mit dem man sie jetzt vertreibt. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Aber wir sollten andererseits nicht die berühmte Haltung des Vogels Strauß einnehmen, und wir sollten uns nicht jener Verständnislosigkeit schuldig machen, der wir leider Gottes 1933 und in den darauffolgenden Jahren ausgesetzt waren, als wir versuchten, dem Ausland die Wahrheit über die Konzentrationslager und all die anderen Erscheinungsformen der Hitler-Herrschaft zu vermitteln. Und das besagt auch etwas über unser Verhältnis zu den flüchtigen Sozialdemokraten aus solchen Ländern, in denen sie heute ihre Meinung nicht mehr sagen können. Es mögen Realpolitiker auftreten und sagen: ja, eine sozialistische Internationale hat für Emigranten keinen Platz. Da muss unsere Stellung klar sein. Denn wir waren

selbst eine Bewegung, die draußen geringschätzig als Emigrantenbewegung abgetan worden ist.

Die Verschärfung der innerpolitischen Verhältnisse in der ČSR trat Ende Januar [1948] ein. Es schien um Fragen der Nationalisierung zu gehen. Von kommunistischer Seite wurde die Nationalisierung des Großhandels und aller noch im Privatbesitz befindlichen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern verlangt. Man wollte zugleich die Bodenreform wieder ankurbeln und die Höchstgrenze auf 50 ha herabsetzen. Die drei bürgerlichen Parteien, die sogenannten Volkssozialisten, die Katholischen Volksparteiler und die slowakischen Demokraten, nahmen den Standpunkt ein, dass diese Fragen nicht kurz vor Neuwahlen durchgedrückt werden sollten. Sie verlangten von Gottwald, dass er endlich den Verfassungsentwurf unterbreite, dessen Fertigstellung eine der Hauptaufgaben des 1946 gewählten Parlaments sein sollte. Weiter wurden die angeblichen Putschvorbereitungen im vergangenen Herbst zur Sprache gebracht. Der damalige Justizminister unterbreitete dem Parlament Dokumente, durch die bewiesen werden sollte, dass es sich damals um üble kommunistische Machenschaften gehandelt hat. Wie Sie wissen werden, ist Herr Drtina am 28. Februar aus dem Fenster gesprungen. Am 17. Februar kam es zum offenen Bruch im Kabinett. Der kommunistische Innenminister wurde aufgefordert, Erklärungen darüber abzugeben, warum er Prag von nichtkommunistischen Polizeibeamten säubere. Seine Antwort: eine Routineangelegenheit! Er kam mit dem Gegenangriff, die anderen Parteien seien Agenten Englands und Amerikas und arbeiteten mit dem polnischen General Anders zusammen. Die anderen Parteien griffen die Anklage auf, verlangten Beweise und verlangten Prozess. Das Kabinett vertagte sich bis zum 20. [Februar]. Aber die KP wartete nicht. Sie erließ Geheimanweisungen für die Übernahme der Betriebe und für den Generalstreik am 21. [Februar]. In diesen Anweisungen wurde mitgeteilt, dass man sich auf die Unterstützung der Sowjetunion verlassen könne.

Am 18. [Februar] wurden die meisten Prager Betriebe besetzt. Die kommunistischen Formationen wurden bewaffnet. In dieser Atmosphäre fand am 20. [Februar] die letzte Sitzung des Kabinetts der Nationalen Front statt. Auf dieser Sitzung reichten die zwölf nichtkommunistischen Minister mit Ausnahme der Sozialdemokraten ihren Rücktritt ein. Das war aller Wahrscheinlichkeit nach eine taktisch falsche Maßnahme, die der anderen Seite das Spiel erleichterte. Aber darü-

ber zu rechten, ist heute weder Zeit noch Platz. Benesch entzog sich der Entscheidung über die Demissionsgesuche, indem er Prag verließ. Die KP änderte ihr Aktionsprogramm. Sie zog die Generalstreikparole zurück, berief zum 21. [Februar] eine Massenversammlung ein. Bewaffnete Formationen paradierten durch die Straßen von Prag. Am 22. [Februar] tagte der Vorstand des Gewerkschaftsbundes, aber erst nachdem man die nichtkommunistischen Vorstandsmitglieder herausgeworfen hatte. ([Zurufe:] Hört! Hört!)

Und dieser dann einheitliche Vorstand unterstützte alle kommunistischen Forderungen und setzte für den 24. [Februar] einen einstündigen Probegeneralstreik fest. In dieser Lage kam Benesch am 23. [Februar] nach Prag zurück. Inzwischen waren machtmäßig neue Tatsachen geschaffen worden: Bewaffnung von Parteiformationen, Reiseverbote usw. Andererseits Demonstrationen der Studenten. Wieder einmal wurde auf Sie geschossen, und wieder einmal wurden Hunderte von ihnen verhaftet.

Am 24. [Februar] gab Benesch nach. Wir wissen nicht im einzelnen, was Gottwald von ihm verlangt hat, aber es ist glaubwürdig, dass Benesch zweierlei verhindern wollte: militärisches Eingreifen einer anderen Macht und den Bürgerkrieg. Das ändert nichts daran, dass er sein Lebenswerk zusammengestürzt sah. Benesch wird Parallelen gezogen haben. Es war ja nicht das erste Mal, dass er sehr massivem Druck ausgesetzt war. Ich erinnere mich übrigens sehr genau daran, dass von Seiten Gottwalds schon einmal – das war vor der Periode der Volksfront – vom „Benesch-Faschismus“ die Rede war. Jedoch kam es zur Annahme der kommunistischen Forderungen: Neubildung des Kabinetts, Herrschaft der Aktionskomitees.

Diese Aktionskomitees nun, Genossinnen und Genossen, sind eine bemerkenswerte Erfindung. Sie übernahmen zum Beispiel die Parteien ebenso wie die nichtkommunistischen Ministerien. Um einen Vergleich heranzuziehen: derjenige Teil von Ihnen, der die Einheitspresse liest, hat in den letzten Tagen von den angeblichen oppositionellen Sozialdemokraten in Hamburg gelesen, die getagt und eine Proklamation erlassen hätten, die nur den Hamburger Sozialdemokraten nicht bekannt sind bzw. vor langem von ihnen rausgeworfen wurden. Übertragen auf deutsche Verhältnisse würde das bedeuten, dass diese sogenannten Ham-

burger Sozialdemokraten das Aktionskomitee bilden würden, das von nun ab im Namen der Hamburger Sozialdemokraten zu sprechen hätte. (Lachen.)

Ich bin taktvoll genug, nicht noch näher liegende Parallelen zu ziehen. (Beifall.)

Einige Beispiele: der Prager Oberbürgermeister wurde vom kommunalen Aktionskomitee angewiesen, alle zu entlassen, die keine positive Haltung zur Volksdemokratie einnehmen. Für die Fußballer wurde auch ein Aktionskomitee gebildet, auf dass der Fußballsport – ich zitiere – „ein wertvolles Glied der Republik werde!“ Die Pfadfinder und die Schüler-Jugendorganisationen wurden auch Aktionskomitees unterstellt. Ja, auch das Parlament wurde durch Aktionskomitees umgemodelt, und dann ist es keine Kunst, die Mehrheit zu kriegen.

Bisher sind 10 sozialdemokratische Abgeordnete rausgeflogen, darunter der frühere Versorgungsminister Mayer und der außenpolitische Sekretär Bernard, der als Gast an unserem Nürnberger Parteitag im vorigen Jahre teilgenommen hat. Wir können diese Entwicklung nicht Revue passieren lassen, ohne festzustellen, dass große Teile der westlichen Welt, ja vielleicht auch Kreise bei uns die Dinge bisher nicht ganz richtig beurteilt haben. Es war falsch, die Tschechoslowakei abzuschreiben und alles, was sich dort entwickelte, negativ zu beurteilen. Solche Fehleinschätzung machte sich vor allen Dingen bei gewissen Kräften jenseits des großen Wassers geltend, wo es neben solchen, die wirklich der totalitären Gefahr als Demokraten begegnen wollen, auch immer noch die gibt, die sich die Demokratie nur privat- und monopolkapitalistisch vorstellen können. (Beifall.)

Sie haben über die Tschechoslowakei schon vorher den Stab gebrochen, und zwar aus anderen Gründen als wir. Sie konnten sich nicht mit dem Nationalisierungsprogramm und dem Plan des Wiederaufbaues vertraut machen, und sie hatten vorher schon so viel gepustet, dass ihnen im entscheidenden Augenblick keine Puste mehr übriggeblieben war. Das ist einer der Gründe dafür, warum die Reaktion in gewissen Kreisen auf sich warten ließ.

Wir haben aber noch etwas anderes festzustellen. Die Entwicklung zeigt doch nachdrücklich, dass es sehr starke demokratische Reserven im Volke Johann Huss' und Thomas Masaryks gibt. Sie unterliegen heute, aber damit sind sie doch nicht verschwunden. Verlieren wir nie aus dem Auge, dass es dort und in

vielen anderen Ländern viele Menschen gibt, die nicht mit dem einverstanden sind, was sich heute vollzieht, und lassen wir uns nicht durch 99%ige Wahlergebnisse bluffen! Wir empfinden aufrichtiges Mitgefühl mit denen, die in den Ländern der neuen Diktaturen nicht vergessen, dass es einen kategorischen Imperativ der Freiheit, des Rechtes und der Menschenwürde gibt. (Lebhafter Beifall.)

Die Prager Ereignisse haben eine wichtige Diskussion im Lager der internationalen sozialistischen Bewegung zum Abschluss gebracht. Die Beurteilung der Verhältnisse in Ländern wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurde bisher dadurch erschwert, dass man feststellen konnte, hier handele es sich doch um Länder ohne echte demokratische Tradition, und in der Tat, dort war der Feudalismus nicht überwunden. In der Zwischenkriegszeit regierten dort korrupte Monarchien, faschistische Räuberbanden und Oberstencliquen. Es ist klar, dass es in diesen Ländern einer grundlegenden sozialen Umformung bedurfte. Und ebenso klar ist, dass solche Umformungen, abgesehen von den 20% der Menschheit, die bisher die Segnungen der modernen Demokratie erfahren haben, kaum ohne harte Maßnahmen durchgeführt werden können. Es ist weiter klar, dass unter solchen Verhältnissen die alte Reaktion versucht, sich demokratisch zu tarnen, während es ihr in erster Linie um die großen Güter und um die Wiedererlangung sozialer Vorrechte geht.

Manche Sozialisten haben sich nun, ausgehend von solcher Einschätzung des revolutionären Prozesses, eines eindeutigen Urteils über die Ausschreitungen gegen die Oppositionsparteien im Osten Europas enthalten. Und dennoch musste ihnen die Entwicklung immer klarer machen, dass es sich nicht oder jedenfalls nicht mehr um die Behauptung der Rechte des Volkes gegen eine widerspenstige Minderheit handelte, sondern um die Behauptung und Festigung des totalen Machtanspruchs der kommunistischen Partei.

In der Tschechoslowakei liegt aber nun der Fall viel klarer. Böhmen und Mähren sind kein Teil des Balkans. Die Tschechen sind keine Analphabeten. Sie haben demokratische Traditionen, und dennoch hat man dort dasselbe Schema angewendet. Das lässt weitgehende Rückschlüsse zu, aber auch Schlüsse in bezug auf das, was in jedem westlichen Lande zu erwarten ist, in dem die Kommunisten die Hand nach der Macht ausstrecken. Und weil wir das erkennen, werden wir

uns mit aller Entschiedenheit und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Übertragung solcher Methoden wehren! ([Zurufe:] Sehr gut! – Beifall.)

Eine angesehene englische Zeitung meinte vor einigen Tagen den Sozialdemokraten die Frage vorlegen zu müssen, ob sie nun erst Demokraten und dann Sozialisten oder erst Sozialisten und dann Demokraten seien. Und eine Berliner Tageszeitung haute dieser Tage in die gleiche Kerbe und leistete ihren bemerkenswerten Beitrag zur Herstellung einer demokratischen Front dadurch, dass sie angebliche Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei herausstellte. Wir lehnen diese Fragestellung ab, die Fragestellung: erst Demokraten oder erst Sozialisten? Wir lassen uns überhaupt nicht unsere Diskussionsgrundlagen vorschreiben, ([Zurufe:] Sehr gut!) weder von in- noch von ausländischen Kräften. (Beifall.)

Ich glaube aber, dass ich alle, die wirkliches Interesse und keine Nebenabsichten haben, beruhigen kann, wenn ich feststelle: die primäre Bedeutung des Kampfes um die demokratischen Grundrechte, um Freiheit, Recht und Menschenwürde ist in der deutschen Sozialdemokratie unumstritten! (Beifall.)

In der Verteidigung dieser Werte werden wir uns von niemandem den Rang ablaufen lassen! (Erneuter Beifall.)

Wir werden mit allen, die darin mit uns einig sind, zusammenstehen, so wie die Berliner Sozialdemokraten am 18. März [1948] mit den anderen demokratischen Parteien zusammenstehen werden. Aber wir tun das nicht, obgleich wir Sozialdemokraten, sondern weil wir Sozialdemokraten sind! (Beifall.)

Wir denken doch gar nicht daran, unser sozialistisches Programm zur Sonntagsnachmittags-Angelegenheit machen zu lassen. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass in Deutschland und in Europa die Demokratie auf die Dauer nur behauptet werden kann, wenn man sie sozialistisch untermauert. (Beifall.)

Wir denken nicht daran, uns in die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika einzumischen. Aber wir sind davon überzeugt, dass in Deutschland, in

Frankreich, in Italien, in ganz Europa nicht dadurch eine demokratische Front errichtet werden kann, dass man versucht, das Rad der Geschichte wieder rückwärts zu drehen. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Wir müssen vorwärts, so wie die englische Labour-Regierung und die skandinavischen Sozialdemokraten sich bemühen, vorwärts zu kommen. Die totalitäre Welle kann nicht durch kapitalistische Restaurationsversuche aufgehalten werden. (Beifall.)

Sie kann nur durch ein konstruktives, die breiten Volksmassen packendes Programm gebrochen werden. Und zu diesem Programm gehört, dass die Forderungen der Demokratie von der politischen auf die wirtschaftliche Ebene ausgedehnt werden. Zur persönlichen Sicherheit gehört die wirtschaftliche Freiheit und Sicherheit. Wir sind doch nicht Sozialisten einer fixen Idee wegen. Wir sind es, weil wir aus unserer demokratischen Erkenntnis sozialistische Folgerungen ziehen. Das hindert uns nicht, mit denen zusammenzugehen, die solche Folgerungen nicht, noch nicht oder nicht mehr ziehen. Wir werden mit ihnen kameradschaftlich zusammenstehen. Aber wir werden uns dabei nicht selbst aufgeben. Jeder soll bei uns wissen, woran er bei uns ist. (Beifall.)

Noch einige Worte, Genossinnen und Genossen, über die Politik und das Schicksal der sozialistischen Parteien in den Ländern der sogenannten Volksdemokratie. Sie gingen nach dem Kriege von zwei Erwägungen aus: erstens, dass sie im Machtbereich der Sowjetunion zu wirken hätten, zweitens, dass es in ihren Ländern keine starken demokratischen Traditionen, wohl aber große reaktionäre Gefahren gäbe, wie ein ungarischer Sozialist auf unserem Parteitag in Nürnberg sagte: „Wenn in England die Opposition gewinnt, dann kommt wieder Churchill an die Macht, aber wenn in Ungarn die Reaktion gewinnt, dann gibt es keinen Laternenpfahl in Budapest und keine Baum in den ungarischen Wäldern, an denen nicht Sozialisten hängen werden.“ Das war keine leere Redensart. Wir wissen, was der weiße Terror nach dem vorigen Kriege in Ländern wie Ungarn angerichtet hat. Aber heute müsste unserem ungarischen Freunde klar geworden sein, dass die Richtmauer und der Polizeikeller kaum ein kleineres Übel sind als die Laternenpfähle und die Bäume der ungarischen Wälder. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

In den sozialistischen Parteien setzten sich jedenfalls damals die Kräfte durch – nicht immer ohne Hilfe von außen übrigens –, die meinten, man müsste mit der kommunistischen Partei eng kooperieren, selbst wenn diese größeren Einfluss bekäme, als ihr gebührt. Was geschah? Man zerpflückte die sozialdemokratischen Parteien nach der Zwiebelmethode, erst die sogenannten Rechten, die äußeren Blätter und dann immer mehr auf den Kern der Partei zu.

Sehen wir uns doch die Verhältnisse an, Genossen! In Jugoslawien gibt's gar keine Sozialdemokratie. Dort waren die Sozialdemokraten schon vorher zu Faschisten gestempelt worden, bevor die neue Republik errichtet wurde.

In Bulgarien: Mai 1945 Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Der eine Teil bemächtigte sich des Parteiapparates mit Hilfe der Polizei, der andere trat in Opposition, und heute gibt es im bulgarischen Parlament neben 277 KP-Leuten 9 regierungstreue und 8 oppositionelle Sozialdemokraten, und diesen 8 trat Dimitroff, einstmals der Held des Reichstagsbrandprozesses, während einer Haushaltsdebatte mit der Drohung gegenüber, dass ihnen bei weiterer Opposition das Schicksal Petkoffs blühen würde. (Pfui-Rufe.)

In Rumänien kam es im Februar 1945 zur Spaltung. Petresco, der die unabhängigen Sozialdemokraten zusammenfasste, wurde später eingekerkert. Die offizielle Partei wurde gereinigt und gleichgeschaltet, und dann war sie reif für die Einheitspartei. In der Leitung haben die Kommunisten heute 31 von 41 Mitgliedern. Gleich nach der Bildung der Einheitspartei erfuhr der sozialistische Führer Patrascanu durch den Rundfunk, das er nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter habe und darum nicht weiter der Regierung angehören könne.

In Ungarn war die Sozialdemokratie notorisch stärker als die kommunistische Partei. Trotzdem gelang es der kommunistischen Partei mit einem ebenso notorischen Wahlschwindel, sich im vergangenen Herbst eine Position zu verschaffen, die ihr nicht gebührte. Das führte beinahe zu einem Aufruhr in der Sozialdemokratie und in den Betrieben. Der langjährige Vorsitzende der Partei, Karol Peyer, war damals schon herausgefeuert worden. Er wurde trotzdem gewählt und musste dann in die Emigration gehen, obgleich hunderttausend unabhängige Stimmen hinter ihm standen. Der Generalsekretär, der sehr weich war, Szakasits, wurde heftig kritisiert in der Partei, und nur aus Rücksicht auf seine guten russi-

schen Beziehungen wurde er nicht abgesetzt, aber die Partei beschloss, dass nun Antal Ban den maßgeblichen Einfluss in der Leitung haben sollte. Heute ist Antal Ban ausgeschlossen aus der Partei, nachdem Szakasits inzwischen in Moskau war. Auf dem eben stattgefundenen Parteitag wurden 37 Vertreter der sogenannten Rechten ausgeschlossen, darunter 12 Abgeordnete und 5 Mitglieder des Parteivorstandes, und damit war der Weg frei für die Einheitspartei, und am 8. dieses Monats sagte Rakosi, der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der kommunistischen Partei Ungarns, man müsse die rechtsstehenden Elemente ohne unangebrachtes Mitleid ausmerzen. Und zu dieser Komödie haben Grotewohl und Fechner einen Teil der internationalen Fassade abgegeben! (Pfui-Rufe.)

Dass sie sich nicht schämen!

In Polen wurde wiederholt gegen sogenannte Rechte vorgegangen. Dort gibt es noch die Sozialdemokratie. Sie wird sich wahrscheinlich erst nächstes Jahr vereinigen. Aber sie hat sich bisher nur halten können, indem sie ihren Parteiapparat gegen Infiltration sicherte, aber um den Preis, dass sie ihr sozialistisches unabhängiges Programm völlig aufgegeben hat.

Und nun schließlich die ČSR. Im letzten Herbst wurde der Putschversuch und der Fusionsversuch zurückgewiesen. Damals nahm auch Fierlinger gegen die Fusion Stellung, und er berief sich damals auf die gleiche Stellungnahme der Sozialdemokraten in Ungarn, Polen und Rumänien. In Brünn wurde Fierlinger im letzten Herbst abgesetzt, weil er nach Meinung der Partei trotzdem noch zu weich in den Knien war. Lauschmann als Vertreter der anderen Richtung wurde zum Vorsitzenden gewählt. Und dann kam der Putsch. Durch bewaffnete Leute wurden die gewählten Vertreter der Partei aus den Büros herausgeworfen. Fierlinger und Erban haben sich dort selbst eingesetzt.

Ein Beispiel, Genossen: Reichenberg war bisher ein Bezirk der Partei, der besonders stark auf Unabhängigkeit bestand. Und jetzt kommt das Aktionskomitee der Sozialdemokraten in Reichenberg und telegraphiert nach Prag, „ob es sich nicht vereinigen dürfe“. (Lachen.)

Das heißt: das kommunistische Aktionskomitee der Sozialdemokraten in Reichenberg fragt die Kommunisten in Prag, ob sich nicht die Kommunisten untereinander vereinigen dürfen. (Lachen.)

Und nun hat Fierlinger auch schon in Olmütz gesagt, dass es wohl dazu käme, obgleich er noch in der vorigen Woche eine eigene Partei glaubte aufrechterhalten zu können, die sich zu einer anderen Lesart des Marxismus bekennt. Das ist eine Erfahrung, die Erfahrung von Fierlinger, die schon Grotewohl und andere gemacht haben. Man weiß, wo es anfängt, aber man weiß nie, wo es aufhört. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Und wenn man dort A gesagt hat, muss man auch B sagen und dann das ganze Alphabet durchexerzieren.

Die englische Labour-Partei hat mit Recht darauf hingewiesen, dass das Spiel in allen Ländern durch gewisse Minderheiten in den Reihen der Sozialdemokratie erleichtert worden ist. Die haben sicher nicht immer aus schlechtem Willen gehandelt, aber die objektiven Wirkungen ihrer Haltung sind doch heute offenbar, und heute gilt es, überall klare Fronten in der sozialistischen Bewegung zu schaffen.

Ich habe, Genossinnen und Genossen, zu denen gehört, die in der Periode des Kampfes gegen den Faschismus enges Zusammengehen aller antifaschistischen Kräfte und auch das Zusammengehen mit den Kommunisten warm befürwortet haben, und ich finde, ich habe darum um so mehr Recht, heute zu sagen, wir können nicht mit denen zusammengehen, die das damalige gemeinsame Programm verraten haben. (Beifall.)

Wir waren gegen den Terror. Die anderen waren darauf aus, selbst terrorisieren zu dürfen. (Beifall.)

Wir haben viel Erfahrungen gesammelt, und es ist an der Zeit, die Lehre zu ziehen. Ich sage Ihnen, Genossinnen und Genossen, wer sich auf die kommunistische Einheitsfront einlässt, geht daran zugrunde! (Lebhafter Beifall.)

Und ich füge dem hinzu: Wer vom Volkskongress frisst, stirbt daran! (Lebhafter Beifall. – Mattick: Auch wer daran leckt wie Herr Friedensburg!)

Die Prager Ereignisse haben eine starke Erregung in der ganzen Welt verursacht. Die Regierungen hinken zum Teil hinterher. Die Völker reagierten zum Teil gesünder und spontaner. Jetzt beginnt man wachsamer zu werden, und wir können vielleicht auch auf größeres Verständnis für die hoffen, die in Deutschland trotz Hunger und Kälte und tausend Schwierigkeiten an der Front der Freiheit ausharren. Man stärkt diese Front nicht, indem man so tut, als ob sie erst in diesen Tagen errichtet werde.

Die Sozialdemokraten Berlins – und dafür gebührt ihnen der Dank der Sozialdemokraten Deutschlands und der Welt – haben vor zwei Jahren ihr unabhängiges Banner aufgerichtet, und die Sozialdemokraten haben sich in der Ostzone seit zwei Jahren auf einem Kampffeld bewegt, dem sich nun andere nähern. Wir kennen den Kampfboden. Wir begrüßen alle, die ihn jetzt auch betreten.

International klären sich die Fronten. Die vielfach angestellten Vergleiche mit München 1938 hinken. Aber richtig ist, dass sich die Westmächte für eine eindeutige Politik entscheiden müssen, durch die der dritte Weltkrieg verhindert werden kann. (Beifall.)

Wir haben doch wahrhaftig am allermeisten Grund, einen neuen Krieg zu fürchten, und es ist doch ein gemeingefährlicher Unsinn, der immer noch wieder in ausländischen Zeitungen verzapft wird, als gingen die Deutschen herum und wünschten sich nichts Sehnlicheres, als dass es bald wieder Krieg gebe.

Ich glaube aber, dass es beim Vergleich mit 1938 noch einen größeren Unterschied gibt. An der Spitze Deutschlands stand damals ein Verrückter. Ich bin nicht in die Geheimnisse des Kreml eingeweiht, aber ich habe Grund zu der Annahme, dass dort Leute mit einigem Sinn für Realitäten sitzen, und ihnen gegenüber erklären wir erneut: Wir sind keine Feinde des russischen Volkes. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Wir sind keine Feinde der Sowjetunion als solcher, und wir bestreiten kein legitimes Interesse der slawischen Völker. Aber wir können erstens zu dem, was sich

vor unserer Haustür abspielt, doch nicht schweigen, und wir wollen zweitens nicht, daß man unser eigenes Haus volksdemokratisch ummöbliert. Wir wissen nach den bitteren Erfahrungen der letzten 15 Jahre, was bei uns selbst nottut.

Das Stadtparlament hat gestern zum Ausdruck gebracht, dass Berlin kein neues Prag werden darf und Deutschland keine neue Tschechoslowakei. Berlin stehen sicher noch schwierigere Zeiten bevor. Der Kampf um die Freiheit kann aber kaum verloren gehen, solange die erdrückende Mehrheit der Berliner für ihre Überzeugung einsteht. Natürlich werden außenpolitische Kräfteverhältnisse eine entscheidende Rolle spielen. Aber Voraussetzung der moralischen, wirtschaftlichen und sonstigen Hilfe von außen ist der eigene Behauptungswille. Und außerdem können sich die außenpolitischen Kräfteverhältnisse kaum zu unseren Ungunsten verändern. Nach dem Sieg der Nazis hieß es überall in den anderen Ländern: „It can't happen here", hier kann es nicht geschehen. Heute fragt man, oder mancher Berliner fragt: „Wird es hier geschehen?" Und wir sagen: Es darf hier nicht geschehen! (Beifall.)

Ich komme zum Schluss, Genossinnen und Genossen, die Lehre von Prag zieht den prinzipiellen Gegensatz auf zwischen dem totalitären Kommunismus und dem demokratischen Sozialismus. Daraus haben wir alle Folgerungen zu ziehen. Den eventuellen Zweiflern – sollte es sie geben – möchte ich sagen: es würde euch doch nichts nützen! Für die anderen sind alle die Feinde, die nicht bedingungslos kapitulieren. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Sie sind ohne Hemmungen. Sie haben in der Tschechoslowakei gezeigt, dass sie bereit sind, alles zu zerstören, auch die nationale Einheit.

Aber auch ein Wort nach der anderen Seite. Da gibt es Leute, die uns belehren wollen, wir müssten uns über unser Programm klar werden, Leute, die es für richtig halten, die Losung „Fort vom Marxismus!" zum Mittelpunkt der politischen Diskussion zu machen. Das würde meiner Überzeugung nach zu einer völligen Verwirrung der Begriffe in Deutschland führen. Wer hat nicht übrigens schon alles unter dieser Parole gekämpft! Außerdem: was sich dort abspielt, hat doch mit dem Marxismus ebenso wenig zu tun wie die Volksdemokratie mit der Demokratie. ([Zurufe:] Sehr gut! – Beifall.)

Wir hängen weder einer marxistischen noch einer anderen Orthodoxie an. Wir sind deutsche demokratische Sozialisten mit europäischem Programm und internationalem Verständigungswillen. (Beifall.)

Das Programm und die Politik der deutschen Sozialdemokraten bestimmt aber niemand anders als die deutschen Sozialdemokraten selbst! (Lebhafter Beifall.)

An uns soll es nicht fehlen, in Deutschland in der Zeit seines schwierigsten Wiederzusammenfindens eine echte nationale Solidarität aufkommen zu lassen. Das ist offenbar in Berlin leichter als in manchen anderen Teilen Deutschlands. Ich möchte aber – und ich hoffe, ich befinde mich im Einverständnis mit meinen Berliner Freunden – klar aussprechen: wir machen in Berlin keine Taktik, die der Politik der Sozialdemokratie im übrigen Deutschland nicht entspräche oder ihr gar entgegengesetzt wäre. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Wir sind keine in Zonensektionen aufgespaltene Partei, wir sind die einheitliche Sozialdemokratische Partei Deutschlands! (Beifall.)

Und wir können eine echte nationale Verbundenheit und Solidarität nicht so schaffen, dass wir die Lebensinteressen derjenigen opfern, von deren Vertrauen wir abhängen. Das arbeitende deutsche Volk kann verlangen, dass diejenigen, die heute alles haben – und im Westen gibt es viele, die alles haben –, sich zunächst bereit finden, denen etwas zu geben, die nichts haben. Ohne eine solche Änderung der Geisteshaltung und sozialen Einstellung würde die Parole vom Zusammenrücken ein leeres Gerede bleiben. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Ich glaube, dass es des erlösenden Appells an das Volk, vor allem auch an die Jugend, bedarf. Aber es gilt, erst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieser Appell dann auch gehört wird. Und zu diesen Voraussetzungen gehört nicht, dass man den Versuch macht, der deutschen Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Torpedierungsversuche sind übrigens von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wir müssen, um noch einen Punkt anzudeuten, den kommunistischen Arbeitern sagen, dort, wo ihnen noch die Freiheit der Entscheidung geblieben ist, dass nicht sie unsere Feinde sind. Unsere unerbittlichen Widersacher aber sind die

Drahtzieher des Kominform, dessen Weg durch Blut, ja ich kann sagen, durch Arbeiterblut gekennzeichnet ist. (Beifall.)

Um die Gewinnung der ehrlichen kommunistischen Arbeiter werden wir weiter ringen. Sie sollten aber nun langsam begreifen, für welche verderblichen Zwecke sie missbraucht worden sind und missbraucht werden.

Wir haben weiter die Folgerung zu ziehen, dass jene Ausschüsse des Volkskongresses, die jetzt gebildet werden und gebildet werden sollen, nichts anderes sind als eine Variante der tschechischen Aktionskomitees. ([Zurufe:] Sehr gut!)

Und damit enthüllt sich der wahre Charakter des Volkskongresses. Er wird in die Geschichte eingehen als der Kongress der Feinde des Volkes. ([Zurufe:] Sehr richtig!)

Und schließlich ein Wort des Trostes. Die tschechoslowakische Republik war erst 20 Jahre alt, als sie 1938 zertrümmert wurde. Sie ist 1945 wiedererstanden. Das Rad der Geschichte dreht sich manchmal langsam, manchmal aber auch sehr schnell. Die tschechoslowakische, die deutsche, die europäische Freiheit sind nicht verloren, solange es Menschen gibt, denen die Freiheit mehr wert ist als irgendetwas anderes, was ihnen ihr Schöpfer gegeben hat. (Starker, anhaltender Beifall.)